

*Wohin treibt Russland?*

*Wuchernder Staat –*

*auf Kosten*

*der Gesellschaft*

*Fritz W. Peter*

## Wohin treibt Russland?

Ausgangsfragestellung  
(S. 3)

1. Wohin treibt Russland? / 6.2.06  
(S. 3-5)
2. Presse-Kritik / „Fehlende Berichterstattung!“ / 6.1.06  
(S. 5)
3. „Failing the Stalin-Test“ / *Foreign Affairs*, Ausgabe  
Januar/Febr. 2006 (S. 6)
4. Motive der russischen Energiepolitik, 7.1.06  
(S. 7-12)
5. „Den Wald vor Bäumen nicht sehen“ / 30.12.05  
(S. 13)
6. „Wohin Inkompetenz führen kann“ / 21.12.05  
(S. 14)
7. „Putins lange Leitungsleine wird zur Schlinge um wessen Hals?“  
19.12.05 (S. 15-17)
8. Logik der Herrschaft nach sowjetischem wie auch russischem  
Muster,
  - a) SPIEGEL ONLINE: „Nukleares Inferno“, 5.12.05 (S. 17/18),
  - b) Kommentierender Beitrag: „Der Dank gilt abermals auch  
der polnischen Seite“, Peter, 5.12.05 (S. 18/19)
9. Illarijonows Analyse: „Russia Inc.“, New York Times, 4.2.06  
(S. 20/21)

## Ausgangsfragestellung

Nachfolgend sind einige Kurztexte wiedergegeben, die sich – mit tagesaktuellem Bezug – mit

- den strategischen Fragen im Zusammenhang der **Bewertung der russischen energiepolitischen Manöver**, wie sie – besonders sichtbar um die Jahreswende – vom Kreml der Nachbarschaft Russlands aufgenötigt wurden, sowie
- der **Frage der generellen politischen Entwicklungstendenz Russlands unter der Führung Putins**

auseinandersetzen – notwendigerweise unter der immer dahinter stehenden Frage: Ist Russland eher ein stabilisierender künftiger Faktor der internationalen Politik oder birgt es durch seinen inneren Demokratieabbau ein derart unberechenbares Element, dass nur eine sehr *punktuelle Kooperation* möglich und angemessene Distanz nötig sein wird.

---

## 1. Wohin treibt Russland?

**Was sind die Motive, Koordinaten und Perspektiven der Politik des großen Nachbarn im Osten, was treibt die Kreml-Politik und *wohin entwickelt sich beziehungsweise wohin treibt* Russland?**

**Andreij Illarijonow** – lange Jahre in der Funktion eines Wirtschaftsberaters für Putin, bis er dieses Amt Ende Dezember 2005 unter Protest niederlegte – lässt es an Deutlichkeit in der Beantwortung dieser Fragen nicht fehlen. Illarijonow kommt in seiner Analyse zu einer hochkritischen – negativen – Bewertung des derzeitigen Entwicklungswegs Russlands, eine Einschätzung, die er gegenüber der russischen Öffentlichkeit in einem Beitrag in der Zeitung Kommersant auch publik machen konnte. Übersetzt erschien der Beitrag auch in *The International Herald Tribune* und der *New York Times* (4.2.06). Der dort abgedruckte Beitrag ist unter Punkt 9, S. 20-21, wiedergegeben.

In deutschen und europäischen Medien wurde auf den Rückzug Illarijonows aus seiner Beraterstellung für die Kremlführung kaum eingegangen. Wenigstens gelang es, die Information u.a. im Weblog „*Kosmoblog*“ auf der Website von DIE ZEIT sowie in online-Kommentaren der Leserforen von F.A.Z. und DIE ZEIT zu platzieren (der F.A.Z.-Leserkommentar ist hier nachfolgend wiedergegeben).

In zahlreichen Kommentaren – „*Motive der russischen Energiepolitik*“ / „*Putins lange Leine wird zur Schlinge um wessen Hals?*“ / „*Der Dank gilt abermals auch der polnischen Seite*“ – in: „*Putins Absichten – Merckels Antworten?*“, Jan. 2006, sowie in: „*Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik*“, Okt. 04, Kap. 4-6, [www.wadinet.de/news/dokus/Das\\_Alte\\_Europa.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Das_Alte_Europa.pdf), habe ich zu den eingangs gestellten Fragen Stellung genommen. Politisch und im Wirtschaftsmechanismus ist eine zielstrebige Rückkehr zu den Formen autoritärer Willkür der Sowjetzeit festzustellen; diese Auffassung trägt auch Illarijonow vor. Auch er analysiert Parallelen zum überwunden geglaubten sowjetischen Staat und Wirtschaftsmodell.

Illarijonow beurteilt die wirtschaftspolitische Konzeption und die daran geknüpfte politische Linie Putins als einen Weg ohne Entwicklungsperspektive und folglich als „*historische Sackgasse*“, für die die Menschen in Russlands „*wie gewöhnlich den Preis zahlen*“ würden. Diese Politik will er nicht mitverantworten. Eine Diskussion der analytischen Befunde Andreij Illarijonows läge im Interesse nicht nur Russlands, sondern ebenso der europäischen Öffentlichkeit.

Dank von meiner Seite gebührt Herrn Prof. G. Duennhaupt, der mich auf seinerzeit auf erste Berichte in US-Medien zu den Vorgängen um Wirtschaftsberater Illarijonow hinwies. –

Auf einen hochinteressanten Beitrag aus der Feder Nina Khrushchevas (dt.= Nina Chruschtschowa), Enkelin Nikita Chruschtschows, zum Thema der ausgeprägten autoritären Rückzugstendenzen bei einem beängstigend großen Teil der russischen Bürger und Öffentlichkeit – betitelt: „*Why Russia Still Loves Stalin*“ – möchte ich ggf. interessierte Leser hinweisen. Frau Khrushcheva lehrt im Fach Internationale Beziehungen an der New School in New York. – Ergänzend wird auf Ergebnisse von Umfragen in der russ. Bevölkerung zum Stalin-Bild hingewiesen, besprochen in: *Foreign Affairs*, Ausgabe Januar/Febr. 2006 (siehe Punkt 3, S. 6, „*Failing the Stalin Test*“). Die Umfragewerte lösen Erschrecken aus.

Der zitierte Beitrag v. Frau Khrushcheva kann abgerufen werden unter

<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/02/11/AR2006021100845.html?referrer=emailarticle>

Khrushchevas Beitrag war am 12.2.06 in der *Washington Post* abgedruckt.

---

## 2. Fehlende Berichterstattung

Online-Leser-Kommentar zum F.A.Z.-Beitrag v. Reinhard Veser, „*Dimitrij Medwedjew. Putins Kontrolleur*“ (mit Datum 5.1.06, erschienen 6.1.06). Web-Adresse v. Vesers Beitrag:

[www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~EF947373E726E4561B45D32A34A1D8E18~ATpl~](http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~EF947373E726E4561B45D32A34A1D8E18~ATpl~)

Online-Leser-Kommentar, Fritz W. Peter, 6.1.06:

Sehr bedauerlich ist es, dass das Ausscheiden von **Andreij Illarijonow** nicht ebenfalls ausführlich zum Thema gemacht wurde. In: Washington Post, NYT, CNN (u.a.) sind in den letzten 14 Tagen sein Ausscheiden und seine sehr aussagekräftigen Statements immer wieder Gegenstand der Darstellung gewesen. In einem FAZ-Artikel vom Juli 2005, „*Russlands neue ‚Staatsoligarchie‘*“ findet sich sein Name. **Warum hat man den Vorgang seines Ausscheidens in der deutschen Presse nahezu unterschlagen.** Erst die erwachten Versorgungsängste durch den Erdgas-Streit führten zu etwas umfangreicherer kritischer Berichterstattung über das „System Putin“. **Immer noch scheint der illusionäre Politikansatz Schröders gedeckt zu werden, der darin bestand, durch nationale Anbiederei sich das Wohlwollen der Putin-Mannschaft erkaufen zu wollen, statt durch ein konzentriertes Vorgehen mit anderen europäischen Energiebezieherländern Verhandlungsmacht aufzubauen.** Illarijonows nüchterne Analyse und konsequentes Auftreten sind geradezu ein Kontrastprogramm zum offenbar mangelnden Analysevermögen des deutschen Ex-Kanzlers. Und wieder einmal *kuschte* die deutsche Medienlandschaft. Deutlich wurden zunächst nur die amerikanischen Kommentatoren. Schließlich las man dann auch bei uns den einen oder anderen zurückhaltend-kritischen Kommentar zur Ausrichtung der innenpolitischen Entwicklung Russlands unter Putin.

### 3. Failing the Stalin Test

Sarah E. Mendelson / Theodore P. Gerber, in: *Foreign Affairs*, Jan-Febr 2006

<http://www.foreignaffairs.org/20060101facomment85101/sarah-e-mendelson-theodore-p-gerber/failing-the-stalin-test.html>

#### RUSSIANS AND THEIR DICTATOR

Imagine that a scientific survey revealed that most Germans under 30 today viewed Hitler with ambivalence and that a majority thought he had done more good than bad. Imagine that about 20 percent said they would vote for him if he ran for president tomorrow. Now try to envision the horrified international response that would follow.

Of course, most contemporary Germans revile Hitler. But ask young Russians about Stalin, and you get answers very similar to those above. Since 2003, we have conducted three surveys in Russia, and according to these polls, there is no stigma associated with Stalin in the country today. In fact, many Russians hold ambivalent or even positive views of him. For example, one-quarter or more of Russian adults say they would definitely or probably vote for Stalin were he alive and running for president, and less than 40 percent say they definitely would not. A majority of young Russians, moreover, do not view Stalin -- a man responsible for millions of deaths and enormous suffering -- with the revulsion he deserves. Although Stalinism per se is not rampant in Russia today, misperceptions about the Stalin era are. Few of the respondents to our surveys could be classified as hard-core Stalinists, but fewer still are hard-core anti-Stalinists. Most Russians, in other words, flunk the Stalin test.

And yet, whereas similar findings about Hitler in Germany would no doubt provoke international alarm, American and European political leaders have failed to respond to this trend in Russia -- and it is doubtful that they will anytime soon. Western policymakers prefer to ignore unpleasant news about the weakness of democracy in Russia, and this preference is unlikely to change before the next meeting of the G-8, the group of the world's leading industrialized nations, which is to be held in St. Petersburg in July. With U.S. troops bogged down in Iraq, American leaders are especially overwhelmed at the moment and have little attention to spare. They will be greatly tempted simply to declare Russia's democratic development finished and to avoid the difficult work of figuring out how to respond effectively to the dangerous legacies of Soviet rule that still trouble their new, uneasy ally.

Statements by U.S. policymakers and some academics on Russia tend to reflect a benign view of the country, lauding its economic growth since 1999, citing its several rounds of elections, and lowering the baseline of comparison so that Russia appears to be a "normal" country. Western cheerleaders of Russian President Vladimir Putin are likely to dismiss positive Russian attitudes toward Stalin as a minor growing pain or a speed bump on the country's road to democracy -- just as they downplay the carnage in Chechnya; the festering, potentially explosive conflict throughout the North Caucasus; the Kremlin's blatant suppression of independent television outlets and nongovernmental organizations that dare to challenge its official line; the sorry state of Russia's disintegrating military; the predatory and ineffective police; and the massive corruption at all levels of Russian government. (. . .)

## 4. Motive der russischen Energiepolitik

[Peter, 7.1.06]

Russlands wirtschaftliche und politische Macht steht und fällt mit der Vermarktung seines Energiereichtums. Ohne die lukrativen Einkünfte aus diesem Geschäft müsste sich das Wirtschaftsgeschehen auf eine breitere Basis stellen. Wirtschaftliche Entwicklung wäre dann auf größere und gesichere unternehmerische und individuelle Handlungsfreiheiten, also auch einen erweiterten, vor allem verlässlicheren Rechtsrahmen angewiesen. Das politische Modell müsste also ein liberales sein, um die gesellschaftlichen und individuellen Antriebskräfte zu wecken. Dies schließt staatliche Lenkung nicht aus. Aber der überwiegende Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung müsste demokratisch statt autokratisch sein. Russland befindet sich jedoch zunehmend in einer Entwicklung zur Autokratie. Die gelegentlich gewählte Bezeichnung „gelenkte Demokratie“ ist beschönigend und nur eine höfliche Umschreibung.

Der Putin-Berater Andrej Illarijonow kommentierte sein Ausscheiden aus der Regierung wie folgt: *„Vor sechs Jahren, als ich den Posten annahm, wollte ich Bedingungen schaffen helfen, um die wirtschaftlichen Handlungsspielräume zu erweitern. Inzwischen ist deutlich geworden, dass nicht nur die Wirtschaftspolitik eine andere geworden ist, sondern auch das ökonomische Modell für das Land.“* (s. Itar-Tass, vgl. auch NYT, 28.12.05, Meldung v. 27.12.05)

Er verweist auf die Rückkehr zu einem von staatsmonopolistischen Strukturen getragenen Wirtschaftsmechanismus bzw. auf die Abkehr von den Versuchen der neunziger Jahre, marktliberale Strukturen einzumischen und zu fördern. Grundpfeiler dieser Abkehr, die Putin gezielt und kompromisslos verfolgt, ist der **Aufbau eines staatlichen Energiemonopols**, durch den sich Macht- und Hegemonialpolitik finanzieren lässt. Verbliebene private Anteile landeten im Eigentum der bisherigen Nomenklatura (siehe u.a. Viktor Tschernomyrdin) oder gefügiger – „unpolitischer“ – neureicher Personen (wie Ölmilliardär Roman Abramowitsch, der sich damit zufrieden gibt, die besten Fußballer der Welt für seinen Verein zusammenzukaufen). Wer sich nicht fügte, wie Michail Chodorkowskij, sondern Konkurrenz für Putin (dessen Petersburger Seilschaft und dessen Netzwerk im Geheimdienstapparat) war, wurde nach alter sowjetischer Manier durch Rechtswillkür in Schauprozessen beseitigt. [1]

Die bisher schlimmsten Folgen der Linie Putins (mit Profiten aus den Energieressourcen politische und wirtschaftliche Vormachtstellung zurückzuerlangen) hatte Tschetschenien zu tragen. Im neuen Jahresbericht von *Freedom House*, in dem der Status Russlands von „teilweise frei“ auf „unfrei“ herabgesetzt wurde, wird eindringlich auf die Vernichtungswirkung der russischen Politik in Tschetschenien hingewiesen. Der *Freedom House*-Forschungsleiter kommentierte: „*Tschetschenien ist eine der schlimmsten politischen Landschaften der Welt . . . wegen der Gewalt . . . und der schwachen Institutionen, die für die Gewährleistung politischer Rechte . . . notwendig sind. Man kann eigentlich sagen, dass sie dort überhaupt nicht existieren.*“

Die russische Unterwerfung Tschetscheniens und die vollständige Kontrolle des Landes sichern den Zugriff auf die Energieressourcen der Region am Kaspischen Meer und die Transportwege im Kaukasus. Die Zerstörung der Lebensgrundlagen Tschetscheniens ist aus Sicht der Energiestrategie Putins unerheblich. Die Ziele der russischen Politik werden in Tschetschenien ebenso resolut verfolgt wie in der Markterschließung nach Westen; das Ausspielen der Nachbarländer ist ein aus Kreml-Sicht logischer Teil der Strategie. Im Blick auf die für März anstehenden Wahlen in der Ukraine und in Weißrussland wird den einen kurzerhand mit der Vervierfachung bis Verfünffachung des Bezugspreises für Erdgas gedroht, während die anderen weiterhin die alten Vorzugskonditionen erhalten. Die einen – das sind die nach Europa strebenden Ukrainer. Die anderen – das ist der politisch rückständigste Staat Europas, Weißrussland.

Die weißrussische Bevölkerung soll für eine Russland freundliche Stimmabgabe geködert werden. Der Wahltermin wurde übrigens am Tag nach dem Besuch des weißrussischen Diktators bei Putin verkündet. In der Ukraine, andererseits, will die Kremlführung den erwachten politischen Freigeist mit ökonomischem Drohpotenzial einschüchtern und in diesem – ethnisch zwischen Ukrainern und Russen etwa hälftig gespaltenen Land – entscheidende Stimmenanteile holen. Interessant zu wissen ist auch, dass der Ukraine vor den letzten Wahlen, aus denen schließlich die Opposition – mit ihrer „Revolution in Orange“ – als Sieger hervorging, von russischer Seite im gezielten Versuch der Wählerbeeinflussung schriftlich zugesichert worden war, den Energiepreis für weitere fünf Jahre stabil zu halten. So hatte Putins Berater Andreij Illarijonow (siehe oben und in den nachfolgenden Kommentaren) im Aug. 2004 erklärt, dass Gasprom mit der ukrainischen Erdgas-

gesellschaft – Naftogas Ukrainy – eine vertragliche Abmachung getroffen habe, die auf weitere fünf Jahre die Lieferung zu Vorzugskonditionen garantierte.

Nun hat man es sich kurzerhand anders überlegt. Als „Entgegenkommen“ bot Putin in einem vordergründigen Spiel zwischen Gasprom-Vorstand und Kreml-Führung an, den Vollzug der Preisanhebung oder aber des Lieferstopps für drei Monate auszusetzen, falls die Ukraine noch am selben Tag in die Gasprom-Forderungen einwilligen würde. O-Ton Putin: *„Ich weise die Regierung und Gasprom an, die Erdgas-Versorgung der Ukraine im ersten Quartal 2006 zu den bisherigen Konditionen und auf der Basis der Preise von 2005 sicherzustellen, vorausgesetzt, die ukrainischen Partner unterzeichnen vor Ablauf des Tages einen Vertrag, der die Gasprom-Vorschläge – betreffend den Übergang zu Marktpreisen – im zweiten Quartal beinhaltet.“* Die Sprache dieses Diktats verrät doch recht deutlich den enthaltenen Verhandlungsunwillen!

Illarijonows Ausscheiden aus seiner Funktion als exponierter Regierungsberater hängt mit den politisch motivierten Pressionen des Kreml auf die Nachbarländer zusammen. Energie werde als *„Waffe gegen Nachbarn“* benutzt, beurteilte er die Situation; damit steuere man *„in Richtung einer imperialistischen Politik“*. Dies aber habe *„einen hohen Preis für die Bürger (gemeint: die Bürger Russlands), der einmal zu zahlen sein werde.“* (CNN.international.com, 31.12.05: *„Ukraine warms to Putin gas deal“*, u.a.)

Über Kritik und Ausscheiden Illarijonows ist in englisch-sprachigen Medien berichtet worden, nur wenig oder spät oder gar nicht dagegen in unseren deutschen Medien. Angesichts der Brisanz der Aussagen, ihrer Deutlichkeit und des ungewöhnlichen Muts, der sich hier zeigt, erscheint die *„Informationszurückhaltung“* auf unserer Seite aufs höchste bedenklich. Sie ist umso verwunderlicher, als derzeit auch durch Schröders Aufsichtsratsposten bei der Gasprom-Tochter NEGPC jede Nachricht über russische Energiepolitik auf erhebliches Leser-Interesse stößt. Wo bleibt der Geschäftssinn, liebe Zeitungsmacher, wo die Parteinahme für wirtschaftsliberale Kritik, verehrte Redakteure der wirtschaftsliberalen Presse? Wo bleibt die Parteinahme für kritische politische Gesinnung, liebe Genossen-Redakteure, und wo das Eintreten für politisches Maßhalten, liebe liberal-konservative Presse? Müssen erst zahlreiche „Weblogs“ Sie rechts und links überholen, bevor Sie den Biss und die analytische Potenz entwickeln, die z.B. die amerikanischen Medien zeigen?

Der Aufbau eines staatlichen Energieimperiums in Russland erfüllt eine parallele Funktion wie der seinerzeitige rüstungsbürokratische Komplex der Sowjetunion. Die sowjetische Variante des „militärisch-industriellen Komplexes“ war das innere Scharnier der Sowjetgesellschaft, die politisch-ökonomische Klammer des Systems, das seine Herrschaft auf die Staatsbürokratie und „Staatsklasse“ gründete. Die sowjetische Macht- und Hegemonialpolitik war nach innen durch „gesellschaftlichen Konsens“ abgesichert, da diese Gesellschaftsschichten davon profitierten. Nun wird ein Energiekomplex gebildet, der eine insofern vergleichbare sozial-ökonomische Funktion übernehmen kann. Der Rüstungskomplex wird sicher weiterhin eine Rolle spielen (in *diesem* Zusammenhang gehört freilich auch das Angebot Russlands, für den Iran die Anreicherung von Uran zu übernehmen, denn dieses würde zur Auslastung und Ausweitung dieses rüstungsnahen Kapazitätsbereichs führen), jedoch wird die *tragende* Rolle nun beim **Energie**-Komplex liegen, der die Stellung der Machteliten und gesellschaftlichen Eliten sichert und die Finanzierung der russischen Versuche einer Machtausweitung auf das Russland vorgelagerte Glacis ermöglicht. Ausführungen zum MIK auch unter Pkt. 8, Kommentar betreffend den SPIEGEL-Beitrag „*Nukleares Inferno*“, S. 17, sowie in Anmerkung [2].

Politiker und andere Personen, die Appelle an Schröder richten, dass er – mal an dieser, mal an jener Stelle – intervenieren möge, wollen nicht erkennen, dass dem Handeln Putins eine *zielbewusste, entschlossene* Haltung zugrunde liegt, die als Basis für eine neue russische Machtprojektion und Hegemonialstrategie dient und bei der Schröder nur eine Figur, eine Marionette, innerhalb des Kreml-Kalküls ist! Schröder hat bereitwillig an der anderen Seite des Tisches Platz genommen und mag als Blickfang dienen, aber durch Zureden eines Polit-Touristen wird sich der Entwurf der russischen Großmachtpolitik, sprich: das strategische Kalkül der russischen „Staatsklasse“, kaum auch nur ein Jota ändern lassen.

Dass unsere Medien u.a. das **Ausscheiden Illarijonows** im Dezember und seine Begründungen nicht gemeldet oder angemessen kommentiert haben, ist vor dem Hintergrund einer Analyse der Motive der russischen Politik nicht zu verstehen – oder sollte es sich hier gar schon um Zeichen des Wohlverhaltens handeln? Es ist zu begrüßen, dass eine Diskussion (angesichts der Energieversorgungsängste in der Bevölkerung) inzwischen in Gang kommt, aber diese Diskussion dürfte ruhig ein wenig tiefer schürfen, als nur bei den Fragen der Liefersicherheit und des allgemeinen Energiethemas stehen zu bleiben.

Hier geht es nicht um ein spezialistisches Teilthema für Energieexperten, sondern um das Eintreten für den liberalen europäischen Traum des Zusammenlebens der Völker und die Gestaltung der Staaten als Zivilgesellschaften. Stichwort „Kant“ – dessen Lebensmittelpunkt jene Stadt in der heutigen russischen Enklave war, von der Putin jüngst in öffentlicher Erklärung sagte, dass sie immer schon eine russische gewesen sei – während Schröder neben ihm stand und seine „Männerfreundschaft“ für gelungene Politik hielt.)

Dem reflektierten Beobachter können die (eben erwähnten) Appelle an Schröder, in die Energiestrategie des Kreml einzugreifen, *nur lächerlich bis peinlich erscheinen*. Vielleicht beginnt man über diesen Hinweis einmal nachzudenken?

Einen Kommentar der *Neuen Zürcher Zeitung*: „Von Fluten und Dämmen“, vom 2.1.06, möchte ich hier einflechten:

*„Wie sehr Freiheit heute wieder in Gefahr ist, zeigt sich an manchen neueren Entwicklungen im Russland unter Putin. Er presst Unternehmen und Medien, mithin die Meinungsfreiheit, Schritt für Schritt zurück unter die Kontrolle seines autoritären Regimes. Er erpresst nach früheren billigen Lockungen eine nach mehr Freiheit strebende Ukraine mit dem Gaspreis-Hebel zu moskaufreundlichem Wohlverhalten. Und er sucht westlichen Goodwill für seine anti-freiheitliche Politik zu erkaufen, indem er einem Ex-Kanzler Schröder oder einem früheren amerikanischen Handelssekretär Donald Evans lukrative Posten bei Gazprom oder Rosneft anbietet. Im Unterschied zum Deutschen macht der Amerikaner allerdings nicht mit.*

*Das Jahr 2005 hat viele Wasserfluten und gebrochene Dämme gesehen. Nicht weniger bedeutsam sind die Bedrohungen der Freiheit und des Rechts. Für die Vorkehrungen zur erfolgreichen Behauptung von Freiheit und Recht bedarf es vielerlei geistiger Anstrengungen – in den Köpfen, in privaten Diskursen und in den politischen Debatten und Entscheiden. Wehe, wenn man dem Fanatismus die Herrschaft überliesse.“*

Wäre Rotgrün noch im Amt, könnte oder müsste der Titel meines Beitrags lauten: **„Nicht Rapallo, sondern München lässt grüßen.“** Dieser Aspekt – wenn richtig gewichtet – drängt sich angesichts der schröderschen Politik der letzten Jahre auf und muss einbezogen werden. Jedenfalls müsste er aufgenommen werden, wenn verantwortlich – vom Ende her – gedacht wird.

Schröders politische Antwort auf die energiepolitischen und außenpolitischen Herausforderungen für Deutschland war die Anbiederung an Chirac und Putin. Schröder sprach viel von deutschen Interessen. Gegenüber Putin winkte er damit zu Ausverkaufspreisen. Schröder sprach von nichts lieber als von Deutschland als einer „mittleren Macht“. Aus „Macht“ ward „Nacht“. Die Möglichkeiten, von deutscher Seite gestaltenden Einfluss in der internationalen Politik zu nehmen, waren am Ende der Amtszeit deutlich (!) geringer als am Beginn (vgl. Analyse in: Fritz W. Peter, „Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik“, Okt. 2005, [www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf) ). Wie werden die Antworten der neuen Regierung sein? Werden sie rationaler gesteuert sein, von Realismus und Substanz (statt von Voluntarismus und von Showeffekt) geprägt und europäisch – statt rückwärtsgewandt nationalstaatlich – angelegt sein?

Gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit Russland gelingt desto besser und kann desto intensiver sein, je mehr die Rolle deutscher Politik innerhalb Europas und im Rahmen der transatlantischen Beziehungen verstanden und berücksichtigt wird, nicht in Sonntagsreden, sondern der Substanz nach! Diese Grundregel deutscher Politik, die auch Brandt und Schmidt konsequent beachteten, wurde unter Schröder und Fischer – begriffslos – beiseite geschoben. Außer am Maßstab „Arbeitsplätze“ (sprich: wirtschaftliche Liberalität und Vernunft) wird sich die Bundeskanzlerin am Grad der Rück- und Neuorientierung deutscher Außenpolitik an einer Balance zwischen europäischen, transatlantischen und deutschen Interessen messen lassen müssen und – wie ich felsenfest überzeugt bin – messen lassen wollen.

---

### Anmerkungen:

[1] Vgl. u.a. „Ende der Krötenwanderung“, S. 2, <http://adagio.blogg.de/eintrag.php?id=43> ).

[2] Vgl. Fritz W. Peter, „Werden die Chancen für Abrüstung vertan? Der sowjetische rüstungs-bürokratische Komplex als Faktor und seine mangelnde Berücksichtigung in der westlichen Diskussion“, in: *Zeitschrift für Politik*, ZfP, Organ der Hochschule für Politik München, 30. Jg. 3/1983, S. 252–270. **Leider hat - unter nunmehr neuen Vorzeichen - der Beitrag auch nach 22 Jahren wenig an Aktualität eingebüßt.** Vgl. u.a. auch die Zeitschrift „*Russia Intelligence. Politics & Business Inside Russia*“ ([www.russia-intelligence.fr](http://www.russia-intelligence.fr)), u.a. Heft 24 (15.12.05) „Gazprom Strikes Out on Every Energy Front“ und „Tug-of-War over Military-Industrial Complex“, [www.russia-intelligence.fr/uk/iso\\_album/ria14.pdf](http://www.russia-intelligence.fr/uk/iso_album/ria14.pdf) >> ... [ria24.pdf](http://ria24.pdf)

Leser-Kommentar im Weblog „Kosmoblog“, Website DIE ZEIT, zum Beitrag v. U. Speck, Kosmoblog-Rubrik: „Unterwegs im Netz“/„Lektüren (27.12.05)“

## 5. Den Wald vor Bäumen nicht sehen

*[Peter, 30.12.05]*

Ulrich Speck weist auf den Fall Andrei Illarionov (Andrej Illarionow) hin. In englischsprachigen Medien (u.a. CNN, AP) wurde das Ereignis kommentiert. Die deutschen Medien verstecken diese Information bisher, obwohl es – oder weil es? – ein weiteres Zeichen für die Rückkehr zu monopolbürokratischen, manipulativen Verhältnissen in Russland ist. Nicht nur Gruppierungen und mafiöse Netzwerke treiben dort (u. über die Grenzen hinaus) ein korruptes Spiel, nein, die russische Staatsbürokratie unter Putin übernimmt selbst immer direkter und ungenierter die Rolle des Manipulators. Dies fällt umso leichter, da die dortigen Medien inzwischen eingeschüchtert oder gleichgeschaltet sind. Machen wir uns durch Informationszurückhaltung mitschuldig?

Weißrussland zahlt weiterhin nur 46\$ pro 1000 Kubikmeter Erdgas, die Ukraine soll ab 1.1.2006 den 5-fachen Preis zahlen. Weißrussland unter Lukaschenko ist das zugleich rückständigste u. diktatorischste Regime Europas – die Ukraine dagegen befindet sich auf dem Weg zu den politischen Werten Europas. Putin hat Lukaschenko bei dessen Besuch vor Weihnachten die feste Zusage gegeben, bis Ablauf 2006 am alten Preis festzuhalten. Parallel dazu hat der Staatsbetrieb Gazprom – also im Auftrag des Kreml – die Ukraine ultimativ mit der Verfünffachung des Preises konfrontiert; ansonsten würden die Lieferungen eingestellt – wie außerordentlich passend, dass gerade Winter ist! Der Vorgang illustriert exemplarisch den Charakter der Politik Putins, vor die sich auch Schröder immer schützend gestellt hat. Als illustrativ kann auch die Aussonderung des marktorientierten Wirtschaftsberaters Illarionow gewertet werden. Es herrscht jedoch Schweigen im deutschen Walde.

Ein Freund aus Kanada, der gewohnt ist, täglich in 4 Sprachen die internationale Presse durchzusehen, drückte sich in einem Neujahrsgruß besorgt und in eindringlichen Worten wie folgt aus:

„Ich wünsche Ihnen alles Gute zum Neuen Jahr. Es könnte interessant werden. Was mich an den deutschen Medien leider immer wieder besorgt macht, ist der Mangel an internationaler Sicht. Dabei ist die Welt kleiner denn je.

Der Entführungsfall im Jemen – warum gerade diese Familie? Die kostspielige Osthoff-Farce? Ein Stasi-Offizier wird Pipelinedirektor. Schröder kriegt einen Job bei Rignier in der Schweiz. An gleicher Stelle, in Zug in der Schweiz, deponiert auch die Pipelinemafia Millionenprofite. Schröder wird Pipeline-Aufsichtsratschef. Putins Wirtschaftsexperte "tritt zurück". Russland liefert Gas zum Vorzugspreis an Weissrussland. Russland erhöht den Gaspreis drastisch für die Ukraine. Alles wird kunterbunt berichtet, aber man hat das Gefühl, dass sich niemand etwas dabei denkt. Diese Nachrichten werden zusammenhanglos – ohne Sinn und Verstand – zwischen Erdbeben, Attentaten, Schneestürmen, Autounfällen und Grossfeuern eingestreut.

Unterschlägt man ein Ereignis wie Illarionows "Rücktritt", weil man es nicht für so wichtig hält wie La Osthoff, ist es deshalb nicht passiert? Existiert etwas nicht, wenn man sich weigert hinzusehen? Das Motto der liberalen "New York Times" ist: "All the News that's Fit to Print".

Besten Gruss, Gerry.“

Mir sprechen die Worte Gerrys sehr aus dem Herzen: Man kann die Dinge internationaler sehen oder auch mehr aus dem Blickwinkel der deutschen Provinz. Viele – und wohl auch z.T. die veröffentlichte Meinung – präferieren den lokal begrenzten Gesichtspunkt. Und stehen dafür „im Wald“ mit all seinen vielen Bäumen.

Manche appellieren sogar an Schröder, der doch längst auf der Gehaltsliste der anderen Seite steht. Für ein „Augen auf im Straßenverkehr“ reicht es allenthalben noch. Für ein „Augen auf in der Politik“ offenbar bei vielen nicht. Basta.

Leser-Kommentar, F. Peter, zum Beitrag v. J. Joffe „Gestatten, Merkel“,  
in: DIE ZEIT v. 21.12.05, [http://www.zeit.de/2005/52/01\\_leit\\_2\\_52\\_txt](http://www.zeit.de/2005/52/01_leit_2_52_txt)

## 6. Wohin Inkompetenz führen kann

[Peter, 30.12.05]

Nie hatten wir einen inkompetenteren Kanzler. Joffe sagt es höflicher, aber nichts anderes gibt er zu verstehen. Er muss es seinen Lesern behutsam sagen, denn es sind Leser, die gern in rotgrünen Illusionismen geschwelgt haben und mit dieser Einstellung bei ZEIT-Autoren wie Michael Naumann weiterhin bestens aufgehoben sind.

Joffe zeigt ein faires Verhalten gegenüber dem Leser, der zurecht erwartet, dass er dort abgeholt wird, wo er steht. Vielleicht geht dieser Leser dann auch ein Stück weit mit, selbst wenn dies eine Absage an liebgewonnene Positionen bedeuten würde. J. Joffe findet schonende Formulierungen, um seinem Leser zu helfen einzusehen, dass die Außenpolitik Schröders seit 2002 einem Totalbankrott gleicht. Nicht nur waren es verlorene Jahre, es waren zerstörerische Jahre.

Joffe bilanziert, dass die Ost-Drift der schröderschen Politik "den deutschen Einfluss nicht gemehrt" hat. Wie außerordentlich zartfühlend gegenüber seiner Leserschaft! Denn die Möglichkeiten, *von deutscher Seite gestaltenden Einfluss in der internationalen Politik zu nehmen, waren am Ende der Amtszeit deutlich geringer als am Beginn* (vgl. S. 3f, "Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik", [www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf) )

Verspielt wurde das hohe Ansehen der ausgleichenden Rolle deutscher Politik innerhalb der europäischen Gemeinschaft, verschrödert wurde das enorme Vertrauenskapital, das im Bündnis und transatlantischen Verhältnis in Jahrzehnten aufgebaut worden war.

Viele Landsleute haben händereibend zugesehen, wie die Vertrauensposition unterminiert wurde. Was, bitteschön, wurde an die Stelle gesetzt? Sagen wir es doch ehrlich, liebe Landsleute: Anbiederung an das Hegemonialstreben Putins und den spinnerten Gaullismus Chiracs! Während letzteres eine lächerliche Note hat, ist ersteres eine direkte Gefahr für den Staatengürtel Russlands und die innereuropäischen Beziehungen.

Chancen einer koordinierten europäischen Positionierung gegenüber autokratischen Tendenzen auf russischer Seite blieben ungenutzt, weil Schröder im Sinne Putins einen Gegensatz zwischen notwendigem Energiebezug aus Russland und notwendiger Demokratieentwicklung in der russischen Gesellschaft unterstellte und konstruierte und sich aus konzeptionellem Unvermögen und ohne Zögern auf die Seite der Demokratiegegner schlug.

Wenn Putin Schröder eine dem Kreml-Diktat unterstellte Position bei Gasprom anbietet, so nicht aus Achtung sondern Kalkül. Es steht zu vermuten, dass sogar Putin Schröder heute höher achten könnte, wenn dieser ihn im wohlverstandenen nationalen russischen Interesse an das Demokratieerfordernis erinnert hätte, ohne das es eine tragfähige Entwicklung weder der russischen Gesellschaft noch der russisch-europäischen Zusammenarbeit geben kann.

Über EU-Gremien, so wie es hinsichtlich Tschetschenien, der Presse- und Justiz-Übergriffe etc. versucht wurde, wäre ein behutsamer, konzertierter diplomatischer Kurs gegenüber Putin noch möglich gewesen, der die Grenzen signalisiert hätte. Verschleudert wurden diese Chancen durch rotgrüne außenpolitische Ostdrift, verschrödert für das Linsengericht einer weisungsgebundenen AR-Funktion in einem Staatsunternehmen, das nicht nur als Monopolist Macht gegen Recht ausspielen kann, sondern konfiguriert wurde, um Macht gegen Recht ausspielen zu können – am Maßstab der Hegemonialinteressen des Kreml.

Leser-Kommentar, F. Peter, zu Beiträgen v. Michael Thumann, DIE ZEIT, und v. Ulrich Speck im Weblog „Kosmoblog“ auf der Website v. DIE ZEIT

Michael Thumann: „Schröders lange Leitung“, DIE ZEIT, 51/2005

[http://www.zeit.de/2005/51/01\\_leit\\_1\\_zeile?page=all](http://www.zeit.de/2005/51/01_leit_1_zeile?page=all)

Ulrich Speck, Kosmoblog-Rubrik „Unterwegs im Netz“ / „Ostsee-Pipeline“, 19-12-05

<http://blog.zeit.de/kosmoblog/?p=156>

## 7. Putins lange Leitungseine wird zur Schlinge um wessen Hals?

*[Peter, 19.12.05]*

Michael Thumann stellt seinem Beitrag in den Einführungsbemerkungen einige zentrale Fragen voran: "Wie verflochten ist Deutschlands Energie-AG? Wessen Interessen vertritt der frühere deutsche Bundeskanzler?" Der Artikel drückt sich nicht um die Antwort herum. Antwort zu Frage 1: Die SPD unter der Kanzlerschaft Schröders betrachtete das Management der Energiewirtschaft als Selbstbedienungsladen. Das Personalgeflecht ist mafiös. Antwort zu Frage 2: Russland wird gegen seine Abnehmer Osteuropa und Deutschland Preisdiktate besser durchsetzen können und dies aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Führung aus dem Kreml auch tun (weisungsgebundenes Staatsunternehmen mit festgeschriebener russischer Anteilsmehrheit). Das erwartete, von Monopolgewinnen getragene, exzellente Geschäft soll der machtpolitischen Wiedererstarkung Russlands dienen. Darin liegt seine hauptsächliche Zweckbestimmung. Finanziert wird dies vom angrenzenden Europa.

Schlussfolgernd stellt Michael Thumann in seinem Beitrag nüchtern fest, dass die von Schröder mitgeplante und künftig mitverantwortete Konstruktion des Energiebezugs "Deutschland und Europa schadet". Die Argumentation ist nur folgerichtig. Für Schröders "Ehrensache" werden seine Landsleute und andere Miteuropäer mit viel täglicher Münze einen wirtschaftlichen Preis (der sich erheblich summieren dürfte) und politisch einen äußerst hohen Preis zahlen.

Hinzufügen möchte ich zu Thumanns Schlussfolgerung nur, dass Schröder weiter konsequent im Sinne seiner (von vielen geschätzten) "multipolaren" Politikkonzeption agiert. Nur stärkt er nicht den europäischen "Pol" (als Gegenpol zur derzeit einzigen Supermacht), sondern beteiligt sich an der Stärkung des russischen "Pols", der bekanntlich gerade durch die antimarktradikalen Maßnahmen Putins zur "asiatischen Produktionsweise" (Marx) zurückkehrt.

Ganz maßvoll möchte ich noch einige Bemerkungen hinzusetzen, die die Grenzen der schröderischen Funktion bei Gasprom sowie Verbindungslinien im inneren Gehalt seiner früheren Politik zur heutigen Funktion aufzeigen:

Schröder wird als AR-Chef der NEGPC einige Gedanken vorbringen können, aber einfließen werden nur die, die in Putins Linie liegen. Die staatliche Kontrolle über das russische Öl- und Gasimperium hat Putin nicht aufgebaut, um eigene Direktionsgewalt – und sei es durch gute Freunde – verwässern zu lassen. Die russische Staatsklasse wird jede (!) Entscheidung kontrollieren. Schröder ist nur ein aufgeklebtes Etikett.

Gerhard Schröder ist sich dafür nicht zu schade und war sich auch vorher für fragwürdige Auftritte nicht zu schade: für seine Apologetik gegenüber Russland (Chodorkowskij-Schauprozess, Demokratieabbau in der russischen Gesellschaft, Tschetschenien ...) und gegenüber China (gegen Taiwan gerichtete Waffengeschäfte); für seine Auftritte in Tokio (seine hastige UN-Sitz- und Veto-Forderung, unvermittelt vorgebracht, später selbst kleinlaut wieder kassiert) und in Kabul (achtlose Vorwegnahme des Wahlergebnisses bei Wahlen, die im Erleben der Afghanis ein unkorrupter Neuanfang sein sollten); für Affronts gegen EU-Staaten, die außerhalb der Dreier-Achse blieben; für seine Undiplomatie im Bündnis (an der sich Teile der deutschen Provinz händereibend gewärmt haben); für sein völliges Übergehen der Äußerungen Putins, als dieser den Hitler-Stalin-Pakt guthieß und – mit Schröder an seiner Seite – die Stadt Kants eine immer schon russische Stadt nannte.

Zudem probte Schröder die Berlusconiisierung der deutschen Politik im Innern, am 22.5., 18:30h; dann wieder am 1.7. (gemeinsam mit Müntes frivolem Auftritt); erneut am 18.9. (unter dem Beifall seiner Partei und der sonstigen Fangemeinde) bei der Zelebrierung der Selbstermächtigung am Abend der verlorenen Wahl. – Wir sind Schröder los. Das ist die Hauptsache. Mag er nun dem neuen sowjet..., Verzeihung russischen staatsbürokratischen Komplex dienen: Nicht mehr nur MIK (militärisch-industrieller Komplex), sondern zusätzlich Energiekomplex. Viel Staat! Doch wieviel Raum für Gesellschaft und Demokratie? Leider bleibt diese kleine unbedeutende Frage und stellt sich sogar verschärft. Sie bewegt freilich nur Demokraten.

Schröder und Rotgrün sind Geschichte. Hätten Schröder und Müntefering keinen Anlass gefunden, einen Antrag für ein Misstrauensvotum zu stellen, wäre das Ende in 2006 durch Haushaltspleite bzw. Offenbarungseid gekommen und die SPD drohte ohnehin zur 18%-Partei zu werden. Im innen- wie außenpolitischen Konzept hat sich wenig gereimt u. Vieles war auf Illusionen gegründet. In nur wenigen Wochen erreicht derzeit eine neu formierte Regierung mehr (!! ) als die versammelten Illusionisten der letzten in den (verlorenen) 3-7 Jahren seit ihrer Wahl bzw. Wiederwahl.

(Bitte jetzt nicht den billigen Einwand, dass manche Figuren im Kabinett noch dieselben sind – denn eingenordet werden die Herrschaften jetzt wieder durch Vertreter eines intelligenten politischen Realismus.)

Schröder (u. mit ihm die ihn Hofierenden) empfängt derzeit die Höchststrafe, nämlich erleben zu müssen (und dies vor aller Augen in Europa und der Welt) wie viel besser Politik inszeniert werden kann als unter seinen und Fischers quälenden Jahren. Es fehlte an begrifflicher Basiskompetenz. Machtstreben ohne Basiskompetenz muss scheitern, daran (an dieser harten Wahrheit) führen auch Elbefluten und gewisse außenpolitische Wahlmanöver nur zeitweilig vorbei. Hoffentlich haben einige in unserem Land inzwischen verstanden, welche Scharlatanerie unter der Aufschrift "Medienkanzler" sich vollzog.

Nicht nur ist es gut, dass der Spuk vorbei ist, gut wäre auch, wenn der Vorgang in den Grundzügen von möglichst vielen Landsleuten – und sei es im Nachhinein – begriffen würde. Dies könnte dann wie eine Impfung wirken. Vielleicht hätten die Fehlleistungen der Vergangenheit dann wenigstens einen nachträglichen Nutzen.

Eine dritte Frage stellt Michael Thumann an den Anfang seines stringent aufgebauten Artikels: "Was bleibt von rotgrüner Außenpolitik?" In Anbetracht der Ergebnisse (außenpolitische Fehl-orientierung, europapolitische Sackgasse, innenpolitische Blockade, bevorstehender haushaltspolitischer Offenbarungseid ...) der zugrunde liegenden Konzepte kann die Antwort nur heißen: "Hoffentlich nicht sehr viel! Das Behaltenswerte wird die neue Regierung erkennen, denn sie ist besser zusammengesetzt und steht unter deutlich besserer Führung."

„Putins lange Leine“ wird vielleicht dank einer neuen politischen Konstellation in Berlin nicht zur Schlinge. Meine Prognose: Erstens, Putins lange Leine wird durch eine besser orchestrierte europäische Politik unter kluger Moderation der Bundeskanzlerin NICHT zur asymmetrischen Waffe gegen kleine Nachbarländer werden. Zweitens, wir werden einen weisungsabhängigen Schröder erleben. Die Schlinge wird sich für ihn schnell zuziehen, nicht so jedoch für die Energie-Empfängerländer – dank einer nun wieder einvernehmlicheren, balancierenderen deutschen Europapolitik, mit der schon der Kanzler der deutschen Einheit Erfolg hatte. Durch (endlich wieder) kompetente Moderation des innereuropäischen politischen Prozesses *mit realistischen Zielmarken anstelle illusionärer Wolkenkuckucksmultipolarismen* wird der „Alte Kontinent“ wieder ein wenig Fahrt aufnehmen. Hoffentlich wird manchen Zeitgenossen dabei nicht gleich schwindelig!

---

## 8. Logik der Herrschaft nach sowjetischem wie auch russischem Muster

Zur These in dieser Titelzeile – **Herrschaftsmuster der Vergangenheit** – möchte ich meine Ausführungen in „*Der Dank gilt...*“ (umseitig) zur Diskussion stellen. Den Anlass zu diesen Ausführungen gab mir der hier zunächst wiedergegebene SPIEGEL-Beitrag: „*Geheim-Archiv. Nukleares Inferno*“, 5.12.05. Web-Adresse: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,388283,00.html>

**SPIEGEL ONLINE, 5.12.05:**

### Nukleares Inferno

**Bisher unbekannte Akten zeigen: Beim Generalstab des 1991 aufgelösten Warschauer Paktes lagen gruselige Kriegspläne in den Schubladen. Immer wieder spielten die Militärs nukleare Szenarien durch - so sollten polnische und DDR-Truppen in Norddeutschland und Dänemark landen.**

Hamburg - Darauf würde die Nato - so das Kalkül der östlichen Militärplaner - mit einer Salve Atomraketen auf Posen, Breslau, Warschau und 40 weitere polnische Städte reagieren. Der Gegenschlag des Kreml wäre noch furchtlicher ausgefallen - von Brüssel, Antwerpen, Bonn, Köln, Stuttgart bis nach München hätten sowjetische Atomraketen ein nukleares Inferno entfacht.

Eine Europakarte mit einem solchen Schreckensszenario präsentierte der neue polnische Verteidigungsminister Radoslaw Sikorski jetzt der Öffentlichkeit. Sie datiert aus dem Jahr 1979 und stammt aus den Archiven des östlichen Militärbündnisses. Tonnenweise lagern Akten der früheren Allianz im Zentralen Militärarchiv in Rembertów nahe der polnischen Hauptstadt.

Insgesamt 1700 Bände sollen nach dem Willen der neuen konservativen Regierung schon bald dem Institut des Nationalen Gedenkens (IPN), einer Art polnischer Gauck-Behörde, übergeben werden. "Das bedeutet ein symbolisches Ende der Ära des Postkommunismus in unserem Land, in der die Menschen noch nicht die volle Wahrheit über die Vergangenheit erfahren durften", sagte Sikorski.

Wissenschaftler wie der Breslauer Historiker Pawel Pietrowski erhoffen sich neue Erkenntnisse über die inneren Strukturen der kommunistischen Militärmacht: "Polen und die anderen Länder im Warschauer Pakt waren keine unabhängigen Staaten. Aber wie stark und umfassend war der Druck aus Moskau wirklich?" Musste die Sowjetunion ihren Verbündeten dazu zwingen, bei der Niederschlagung des Prager Frühlings zu helfen, oder drängten etwa polnische Militärs darauf?

In den kommenden Wochen werden IPN-Wissenschaftler und Generalstäbler das Archiv durchsehen und entscheiden, was publiziert werden darf und was aus Gründen der "nationalen Sicherheit" geheim gehalten werden soll. Moskau ist bereits entrüstet: "Das ist eine politische Provokation", schimpfte der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Duma in Moskau, Konstantin Kossatschew. Der Schritt der Polen diene nur dazu, "die falsche Überzeugung zu verbreiten, dass die Sowjetunion und Russland die Hauptquelle allen Unglücks in Europa und Polen gewesen sind".

---

## **Der Dank gilt abermals auch der polnischen Seite!**

*[Leser-Kommentar, Peter, 5.12.05]*

Für viele Leser mag diese Nachricht eine Überraschung u. Desillusionierung sein, aber werden sie auch Schlussfolgerungen für die heutige Zeit ziehen, z.B. hinsichtl. der Bedrohungen durch nukleare Proliferation u. Erstschlagfähigkeit, wie z.B. im Iran? Ich fürchte, viele werden weiter an der realen Gefahr künftiger A-Waffen-Verfügbarkeit für den Iran vorbeischaun wollen oder dieser Gefahr nur Wankelmut entgegen setzen.

Vielleicht kann sich dennoch (!) eine kluge Linie durchsetzen – mit folgender Argumentation: Nachdem nun Ernüchterung in die Politik zurückgekehrt ist, wird man die Notwendigkeit eines gemeinsamen westlichen Handelns erkennen. Dem iranischen Volk – der Reform und Entwicklung des Landes – wird nur gedient sein, wenn auch das Ausland den Fanatikern Grenzen zieht. Dazu bedarf es glaubwürdiger (d.h. tatsächlich ernst gemeinter u. konzertierter) Anstrengungen des Westens. Vielleicht – ganz ganz vielleicht – nuancieren dann auch Russland und China ihre Politik in sachdienlich problemlösender Weise.

Natürlich wird unsere Linke die falschen Akzente setzen wollen. Damit wiederholt sie ein altes Spiel. Ich erinnere an den Sturmlauf gegen den "Nachrüstungsbeschluss" und alle früheren und späteren wichtigen Maßnahmen, wie z.Bsp. den Nato-Kosovo-Einsatz. Daher lautet mein Kommentar zu Ihrem Beitrag „Nukleares Inferno“, dessen Information zwar in sich aufklärerisch ist, dessen wertende Kommentierung Sie aber leider unterlassen, wie folgt: Sie sollten Gelegenheit nehmen einzuräumen, dass Ihr Medium stets zu dem Teil der veröffentlichten Meinung gehörte, der die Fehler immer auf der eigenen Seite (Amerika, Nato und bei der Politik Helmut Schmidts und Helmut Kohls) gesucht hat, und erst in dritter Linie, wenn überhaupt, auf der martialischen Gegenseite. Nie haben Sie erkannt, dass die sowjet. Führungsmacht und ihre Hegemonialsphäre im Kern u. Wesen eine einzige große Kriegsökonomie waren, personell und institutionell abgebildet in der Staats- und Parteiführung und im innersten Führungszirkel; dass nämlich der MİK (der Militärisch-Industrielle Komplex) der einzig funktionierende Sektor der kommunistischen Welt war – Rüstungs- u. „Schwerindustrie“, militärbezogene Raumfahrt, Geheimdienstapparat u. Wirtschaftsspionage.

Aus der leninschen Absicht nachholender Entwicklung waren schon bald eine mechanistische Weltsicht, Tonnenideologie, eindimensionale Produktionslogik (O. Negt) geworden, und aus

dieser (das hat die Linke dann nicht mehr erkennen wollen) konzentrierte Rüstungslogik, die das gesellschaftliche Geschehen diktierte und präformierte. Darin bestand über Jahrzehnte der Mechanismus sowjetischer Herrschaftslogik, wie ich Anfang der achtziger u.a. in „*Werden die Chancen für Abrüstung vertan? Der sowjetische rüstungsbürokratische Komplex als Faktor und seine mangelnde Berücksichtigung in der westlichen Diskussion*“ dargelegt habe (s. **Zeitschrift für Politik** – Organ der Hochschule für Politik München, **ZfP** 30. Jahrg. 3/1983). Die Fütterung der Gesellschaft mit Feindbildern und die Unterfütterung der Gesellschaft (u. der Machtstellung der Partei u. Staatsklasse) mit einer das gesellschaftliche Produkt ***verwaltenden und verzehrenden*** Militärökonomie waren zur eigentlichen RAISON D'ETRE des Sowjetstaats geworden. So habe ich es gegen die auch damals in unserer Öffentlichkeit (und Medienöffentlichkeit) vorherrschende Verblendung formuliert. **Als einer von Wenigen wies der polnische Analytiker Michael Checinski auf die totale Vereinnahmung der östlichen Ökonomien durch die (nicht primär von außen induzierte, sondern) INNENGELEITETE Rüstungslogik hin! Auch jetzt ist es wieder ein polnischer Europäer, der von Ihnen zitierte Verteidigungsminister Radoslaw Sikorski, der Aufklärung betreibt.** Gut, dass Sie nun durch Ihre Presse-Meldung ein wenig Unterstützung geben. Aber – wie schon gesagt – Sie könnten und sollten mehr tun!

Mein Kommentar zu Ihrem Hinweis auf den Ernst der damaligen Lage und die durchaus nicht nur rational bestimmte nukleare Planung der Warschauer-Pakt-Strategen lautet vor dem Hintergrund des Gesagten wie folgt: Nur die europäische und deutsche **LINKE** hat sich darüber stets Illusionen gemacht. Dieser Illusionismus ist ein konstitutives Merkmal der Linken. **Es fehlt der Mut zur Realpolitik u. zur historischen Wahrheit. Politik ist für sie meist nur der Transmissionsriemen für die eigene, von Wunschdenken bestimmte Ideologie; daher der ewige Hass auf nüchterne Wirklichkeitsbetrachtungen, nüchterne Wirtschaftskonzepte, nüchternes Reformstreben, nüchterne Realität.** Stets unter Verdacht: Nato, Nachrüstung, Amerika etc. pp. Die wahren Gefahrenpotenziale werden stets ausgeblendet. ***Politik wird als Veranstaltung des Wünschbaren missverstanden, weniger als Mittel zur Ausübung von Verantwortung.*** Aber auch in mancher rechten Ecke lauert das politische Missverständnis. Denn unabhängig davon, ob die jeweilige Einstellung „links“ oder „rechts“ ist, besteht die eigene „politische“ Artikulation oft nur darin, dass man seinen „Frust ablässt“. Politik ist aber weder „Müllablageplatz“, noch „Weihnachtsbescherung“ (und sollte auch kein bloßer Medien-Event sein, wozu man sie für einige Jahre zu machen versuchte), sondern ein komplexes „Geschäft“ zur Wahrnehmung von Verantwortung für die Allgemeinheit.

**Hoffentlich überdauert eine realistische Haltung aufseiten der SPD**, und hoffentlich regiert beim kritischen Blick auf die Politik, verehrte SPIEGEL-Redakteure, nicht eine unterschiedliche Sehschärfe im linken und rechten Auge.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

*Fritz W. Peter, So. d. 5.12.05*

## 9. Illarionows Analyse

*Wiedergabe des Beitrags aus:* New York Times, 4.2.06

<http://www.nytimes.com/2006/02/04/opinion/04illarionov.html?pagewanted=2>

### Russia Inc.

By ANDREI ILLARIONOV, MOSCOW

RUSSIA today is not the same country it was only six years ago, when Vladimir Putin became president. Back then, the country was unsettled, tumultuous and impoverished, but it was free. Today Russia is richer – and not free.

A new model of Russia has taken shape. The state has become, essentially, a corporate enterprise that the nominal owners, Russian citizens, no longer control. Indeed, changes in legislation and limitations on political freedoms have effectively devalued the shares in this company – call it Russian State – that ordinary Russians hold, while an elite class of investors enjoys ever increasing privileges.

State-owned companies have become the assault weapons of this corporate state. Having mastered the main principle of state-corporatism – "privatize profit, nationalize loss" – they have turned to taking over private-sector companies, sometimes at cut-rate prices. Their victims include major industrial companies like Yuganskneftegaz, Sibneft, Silovye Mashiny, Kamov, OMZ, and Avtovaz.

Companies that are still in private hands resemble ever more closely their state-owned siblings. Any request from the state – whether it's a donation to a project or the sale of the company itself to "correct" buyers – is fulfilled. The fate of Mikhail Khodorkovsky, the chief executive of the Yukos oil company who is now in a penal colony after falling out with the Kremlin, is known to all.

Meanwhile, a guiding principal of Russia's new economic model is selectivity. One company is confronted with the maximum possible (and sometimes impossible) tax bill; another gets unique exemptions. One company is forbidden to sell shares to foreigners; another gets overwhelming state support for such a move (along with financing beyond any limits set by law). One company is not allowed to hire foreign workers; another is encouraged to do so. One set of buyers pays one price; another, five times as much. [*Letzteres bezeichnet wohl die vom Kreml diktierten Erdgas-Bezugspreise für Weißrussland bzw. die Ukraine.*]

It is not only economic freedom that has disappeared in Russia. Political freedom is also gone. The human rights monitor Freedom House last year moved Russia from the group of "partly free" countries to the "not free" group, which includes Cambodia, Rwanda and Sudan.

Politically, the corporate ideology may seem unclear: it does not look communist, or liberal, or nationalistic, or imperial. Instead, it is an ideology of "nash-ism," or in English, "ours-ism," in which subsidies, credits and powers are handed out to those who are "nashy."

This ours-ism does not know national or ethnic boundaries. The former chancellor of a foreign country is made a member of the corporation and becomes "our man in Europe." Meanwhile, a Russian businessman who created a company that brought billions into the national treasury turns out to be an "other" and is exiled to the depths of Siberia.

The entire might of the Russian State is thrown behind "our" members of the corporation, whether this means refusing to allow Kazakhoil to travel to Lithuania via a Russian pipeline, switching off electricity to Moldova or waging a "gas war" against Ukraine. Russian imperialism has taken a distinctly corporate image.

The point of the new model is to redistribute resources to "our own." The rule of law is only for civilized countries. Fair business practices are only for countries that want to catch up with the developed world. Good relations with foreign neighbors are necessary only if Russia is interested in long-term development. The corporation has other goals.

Is it only in Russia that this model exists? No, there are other countries like this: Libya and Venezuela, Angola and Chad, Iran and Saudi Arabia. Russia is one of them now. And yes, this politico-economic model can last for quite some time. In some OPEC countries it has survived for a third of a century; in Venezuela, for half a century. It can survive even without high prices for energy. Cuba and North Korea have even more impressive models, and they don't even have oil. And then, of course, there was the Soviet version of this model.

So from a historical point of view, there's nothing particularly novel about the new Russian model. But choosing it today, at the outset of the 21st century, is nothing other than deliberately choosing the third-world model. More precisely, the model of a very specific group of countries in the third world whose long-term prospects are well known no matter how much money they get from oil, no matter how many pipelines they control at home and abroad, and no matter what saccharine stories they tell on TV.

It is a historical dead end. No country that has set off on this road has become richer or stronger or more developed. Nor will Russia. It will fall farther behind. And the price will be paid, as usual, by Russian citizens.

In a democracy, political change is linked to a change of rulers, which occurs regularly and at minimal social cost. In countries with limited freedom, a change of rulers also occurs – as with the "velvet revolution" in Czechoslovakia and the "orange revolution" in Ukraine – but the social costs are much higher.

Measures that the corporation has taken to prevent a similar revolution make change highly unlikely in Russia in the short term. But power will shift – sooner or later. When it does happen, it may not be as velvet. In this case, the cost to the country will be incomparably higher.

It is difficult to say when or how this change of power will occur. For those who cannot accept a corporate state, or the Venezuelization of the economy, or the degradation of social life, the current situation seems nauseating: before there can be a deed, there must be a word, and the most important mass media are under the corporation's control.

But one can start one's own separation from such a state through a campaign of non-participation. In this way, working from below, one can begin to restore civil, political and economic freedoms, freedoms that were offered to Russian citizens in 1905, 1917 and again in 1991, but squandered. If we succeed, we may get a new Russia — free, open and tolerant. A dynamic, developed and steady country, standing on its own feet, genuinely respected by its neighbors. A country with a future. Another country.

***Andrei Illarionov** was an economic adviser to President Vladimir Putin of Russia until resigning in protest in December. The article, a version of which originally appeared in the **Russian newspaper Kommersant**, was translated by **The International Herald Tribune** from the Russian.*

**Vorliegender Text:**

[www.wadinet.de/news/dokus/131\\_Putins-Absichten--Merkels-Antworten.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/131_Putins-Absichten--Merkels-Antworten.pdf)

**Weitere themenbezogene Beiträge**

(eigene Kommentarbeiträge der letzten Zeit)

*Der Iran. Mit Kalkül vor die Wand?*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/124\\_Mit-Kalkuel-vor-die-Wand--Teheran.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/124_Mit-Kalkuel-vor-die-Wand--Teheran.pdf)

*EU und Hamas mit der Chance zum Lernen*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/125\\_Politische-Lern-Chance-fuer-Hamas.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/125_Politische-Lern-Chance-fuer-Hamas.pdf)

*EU mit außenpolitischer Neuorientierung? Hamas als Testfall*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/126\\_Antwort-auf-polit-Islamismus.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/126_Antwort-auf-polit-Islamismus.pdf)

*Iran-Sanktionen. Nur eine virtuelle Realität?*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/127\\_Sanktionen-nicht-nur-virtuelle-Realitaet.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/127_Sanktionen-nicht-nur-virtuelle-Realitaet.pdf)

*Bleibt es bei rhetorischer statt substanzieller EU-Außenpolitik?*, 3/06

[www.wadinet.de/news/dokus/128\\_Ende-einer-nur-rhetorischen-Aussenpol.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/128_Ende-einer-nur-rhetorischen-Aussenpol.pdf)

*Diffamierender Journalismus – bewusst oder fahrlässig?*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/129\\_Diffamierender-Journalismus--Bsp-WZ.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/129_Diffamierender-Journalismus--Bsp-WZ.pdf)

*Toleranz und Rationalität – erkämpft und bekämpft*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/121\\_Begriff-von-Toleranz-und-Rationalitaet.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/121_Begriff-von-Toleranz-und-Rationalitaet.pdf)

*Lass Gras wachsen über Grass-Zitat. Sottisen im Karikaturen-Streit*, 2/06

[www.wadinet.de/news/dokus/122\\_Lass-Gras-wachsen-ueber-Grass-Zitat.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/122_Lass-Gras-wachsen-ueber-Grass-Zitat.pdf)

*Neustart einer Regierung – gedankliche Schritte zum Erfolg*, 11/05

[www.wadinet.de/news/dokus/10\\_Neustart-Regierung-3-11-05.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/10_Neustart-Regierung-3-11-05.pdf)

*Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik*, 10/05

[www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf)

*Kanzlerduell – und politische Vision*, 7/05

[www.wadinet.de/news/dokus/30\\_Kanzlerduell.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/30_Kanzlerduell.pdf)

*Gerechte und zukunftsgerechte UN-Sitzverteilung*, 12/04

[www.wadinet.de/news/dokus/Reform\\_UN-Sicherheitsrat.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Reform_UN-Sicherheitsrat.pdf)

*Schröder, Chirac: Re-Nationalisierung der Politik*, 10/04

[www.wadinet.de/news/dokus/Das\\_Alte\\_Europa.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Das_Alte_Europa.pdf)

*Die Irak-Erfahrung – Lehrstunde für Völkerrechtler?*,

Teil 1, 4/04: [www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage\\_Irak\\_Teil-1.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage_Irak_Teil-1.pdf)

Teil 2, 8/04: [www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage\\_Irak\\_Teil-2.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage_Irak_Teil-2.pdf)

*Völkerrechtsthema Irak – Thema mit Substanz?*, 10/05

[www.wadinet.de/news/dokus/Irak-und-das-Voelkerrecht.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/Irak-und-das-Voelkerrecht.pdf)